

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

93 (22.4.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellungsänderung 8 Pfennig. Die Restzeile-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des
Zahlungsvertrages, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erklärungs-
zeit und Gerichtsstand in Karlsruhe i. D. o. Schrift der Tageszeitung 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich
sonntags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
he i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstfreund-Mitteilungen: Durlach, Haupt-
straße 9; B.-Boden, Jagdhausstraße 12; Kallert, Kallertstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 93 Karlsruhe, Mittwoch, den 22. April 1931 **51. Jahrgang**

An die Arbeiter aller Länder! Maidaufruf der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Entschlossen denn je wird das internationale Proletariat in der furchtbaren Krise, die den Kapitalismus in seinen Grundlagen erschüttert, am 1. Mai für seine Zukunftshoffnungen und seine unmittelbaren Forderungen demonstrieren.

Niemals zuvor hat der Kapitalismus so sehr seine Unfähigkeit bewiesen, auch nur das nackte Leben der Arbeitermassen zu sichern. Niemals zuvor gab es so riesige Massen von Arbeitslosen, von Kurzarbeitern, von Hungernden und Verzweiften.

Niemals zuvor ist die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der Aufrichtung des Sozialismus so eindringlichutage getreten.

Mit unerhörter Schamlosigkeit versucht das Unternehmertum, das Elend der Krise zu verharmlosen und damit die Arbeiterklasse in der sich das Mißverhältnis zwischen dem gewaltigen Produktionsapparat und der weit dahinter zurückbleibenden Konsumkraft der Massen ausdrückt, noch zu verschärfen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben gemeinsam die Wege angewiesen, auf denen menschenwürdige eine Linderung der furchtbaren Massennot erreicht werden kann. Sie fordern die unerbittliche Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, die überall von den Unternehmern angegriffen wird, und ihre Einführung in jenen Ländern, die bisher die Opfer der kapitalistischen Krise ihrem Schicksal überlassen. Sie fordern den Abbau der Höchstlöhne, die den Weltmarkt desamifizieren und die Arbeitslosigkeit steigern. Sie fordern vor allem die Ratifizierung der Washingtoner Arbeitslosenkonvention und darüber hinaus eine Verbesserung der Arbeitszeit, die die dem technischen Fortschritt anpaßt.

Am 1. Mai werden die Arbeiter aller Länder demonstrieren:

- Gegen den Lohndruck!
- Gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung!
- Für die Hebung der Konsumkraft der Massen!
- Für ausreichenden Lebensunterhalt der Opfer des Kapitalismus!
- Für den Abbau der Schutzzölle!
- Für die Fünftageswoche!

Arbeiter, Sozialisten!

Die seit zehn Jahren erwartete Abrüstungskonferenz ist endlich für den Februar 1932 einberufen. Sie wird zu entscheiden haben zwischen Krieg und Frieden, zwischen der Gleichheit in der Abrüstung, die allen Sicherheit bietet, und dem Wettrüsten, das Millionen verschlingen und neue Katastrophen vorbereiten ließe.

Von dem Kampfwillen der Arbeitermassen, von dem Druck, den sie auf ihre Regierungen ausüben, um sie zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtungen zu zwingen, hängt das Schicksal der Abrüstungskonferenz in hohem Maße ab. Untrennbar verbunden mit dieser Aufgabe ist der Widerstand gegen den Faschismus, der nun in der heuchlerischen Maske des Friedensfreundes und des Vorkämpfers der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen seine Intrigen spinn. Die britische Arbeiterregierung hat bewiesen, daß die Macht des Sozialismus in der Welt die einzige Hoffnung auf die Überwindung des militärischen Wahnsinns darstellt. Dank ihren Bemühungen ist ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung getan worden. Von der Arbeiterklasse hängt es in erster Linie ab, daß weitere folgen.

Am 1. Mai werden die Arbeiter aller Länder demonstrieren:

- Gegen den Militarismus!
- Gegen das Wettrüsten!
- Gegen den Krieg!
- Für die Abrüstung!
- Für den Frieden!

Arbeiter, Sozialisten!

Am 1. Mai wenden sich die Gedanken der Arbeiter in den Ländern der Demokratie in brüderlicher Solidarität ihren verfolgten Klassengenossen in Italien, Spanien, Ungarn und am Balkan zu, die unter dem Joch des Faschismus seufzen und in unermüdlichem Kampf ihre Befreiung vorbereiten, und sie grüßen in der Ueberzeugung, daß nichts dem Erbfeind der Freiheit und des Sozialismus zu verbinden vermag. Mit der größten Anteilnahme verfolgen die Arbeiter aller Länder den heroischen Widerstand der Arbeiter und Bauern Bolens gegen die Diktatur einer Offiziersclique, die die Opposition der barbarischsten Unterdrückung preisgibt und den Namen des neuerstandenen Landes mit Schmach bedeckt. Die Sozialistische Partei Argentiniens steht im harten Kampf gegen die Befestigung der Militärdiktatur. In Spanien geht der Kampf der Sozialisten, deren Bewegung erfreulich an Umfang gewinnt, dem Sturz der Monarchie, der Eroberung der demokratischen Republik, die Arbeiter-Finnlands haben den Vormarsch des Faschismus in ihrem Lande zum Stehen gebracht, die österreichische Sozialdemokratie hat dem Heimwehfaschismus eine schwere Niederlage zugefügt.

In Deutschland kämpft die Sozialdemokratie nicht nur für die deutsche Republik und die Erregungenschaften von mehr als fünf Jahrzehnten proletarischen Kampfes, sondern zugleich auch für die Demokratie und den Frieden in ganz Europa.

Der Ausgang des Kampfes in Deutschland, den die gesamte Sozialdemokratische Partei in fieberhafter Aktivität führt, wird für Europa von geschichtlicher Bedeutung sein.

In diesem Ringen zwischen den Kräften des Faschismus und der Arbeiterklasse empfinden es die Sozialisten aller Länder doppelt schmerzhaft, daß die Sowjetregierung die revolutionäre Justiz mißbraucht, um in einem Schandprozeß durch einen schändlichen Verleumdungsdelug den Bruderkrieg innerhalb der Arbeiterklasse selbst noch zu verschärfen. Heißer denn je sehn die Arbeiter die Stunde der proletarischen Einigung herbei, da unter den Fahnen des internationalen Sozialismus die gesamte Klassenbewußte Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind aufnehmen wird. Das Erwachen des Proletariats in allen Weltteilen wird neue Millionen arbeitender Menschen in die sozialistischen Kampfreihen eingliedern.

Am 1. Mai werden die Arbeiter aller Länder demonstrieren:

- Gegen den Faschismus!
- Gegen die Reaktion!
- Für die Demokratie!
- Für die Einigung des Proletariats!
- Für die weltumspannende Internationale!

Arbeiter, Sozialisten!

Am 25. Juli werden in Wien die Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder zum

Internationalen Sozialistenkongress

zusammenkommen. Sie werden den strategischen Plan des Kampfes um die Abrüstung, die Forderungen der Arbeiterklasse zur Linderung der Wirtschaftskrise und des von ihr geschaffenen Elends ausarbeiten und die großen Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse und der Verteidigung der Demokratie behandeln. Der Kongress wird die erste Entschlossenheit der Arbeiter aller Länder bezeugen, in internationaler Solidarität die Entscheidungen zu treffen, die die Stunde und die Mission des Sozialismus erheischen. Die Resolutionen, die von dem Kongress ausgearbeitet werden, werden getragen sein von dem gleichen Geist, von der gleichen Begeisterung, die unsere Maidaufgebungen erfüllen:

- Gegen die kapitalistische Ausbeutung!
 - Für die sozialistische Gesellschaftsordnung!
3. i. r. i. c. h., im April 1931.

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Sozialdemokratischer Wahlerfolg

Aus Köln wird gemeldet: Für die Gemeinden Weiden, Bönenich, Beckeniasdorf und Jundersdorf fand am Sonntag die Wahl zum Gemeinderat statt. Die Wähler hatten ein überraschendes Ergebnis: Hartes Anwachsen der Sozialdemokratie auf Kosten der NSDAP und der SPD.

Folgende Stimmen wurden gezählt:

	Stimmen	Rechte Reichstagswahl
Sozialdemokratische Partei	1122	6 963
Kommunisten	294	1 473
Nationalsozialisten	214	1 574
Deutschnationale	160	— 115
Deutsche Volkspartei	130	— 239
Zentrum	1481	9 1717
B. Ver. Staats- u. Wirtschaftsp.	317	1 220
	3718	18 4301

Eine bittere Niederlage der Nazis

Bei den Betriebsratswahlen für den Münchener Druckereibetrieb, in dem das Hauptorgan der Nazis gedruckt wird, der Kallische Beobachter, hat die Liste der freien Gewerkschaften einen vollen Sieg sowohl über die Kommunisten wie im besonderen auch über die Halenkreuzler errungen. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt von 433 Stimmen 293; die Liste der kommunistischen NSDAP 103 und die Halenkreuzler brachten es nur auf 37 Stimmen. Die Halenkreuzler haben ja im allgemeinen im ganzen Reich bei den Betriebsratswahlen miserabel abgeschnitten; in ganz besonders kläglicher Weise aber in dem Betrieb, in dem das Hauptorgan herbeiführt wird. Die Arbeiter dieses Betriebes scheinen die Halenkreuzlerbande richtig und gründlich kennen gelernt zu haben.

Sieben Millionen Arbeitslose in USA.

Washington, 19. April. Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt nunmehr offiziell über 7 Millionen. Wien ist wohl in Wirklichkeit?

Sozialdemokratischer Protest gegen Brotpreiserhöhung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei der Reichsregierung Vorstellungen, gegen die Erhöhung der Brotpreise in Berlin erhoben. Das Ziel der Aktion ist, die Erhöhung rückgängig zu machen.



Der Präsident des österreichischen Nationalrats Matthias Ederich †

Im Alter von 62 Jahren starb der Präsident des österreichischen Nationalrats, Matthias Ederich, Ederich, der seinen Posten seit Ende vorigen Jahres inne hatte, war Sozialdemokrat und hat sich um die Partei sehr verdient gemacht.

Spionageverhaftungen in Frankreich

Paris, 21. April. (Eig. Draht.) Die Straßburger Kriminalpolizei hat nach längeren Beobachtungen drei Eißäcker verhaftet, die in dem Verdacht stehen, Spionage für eine fremde Macht — wahrscheinlich ist Deutschland gemeint — getrieben zu haben. Die drei Verhafteten hatten in Anbetracht der Grenzverteidigungsarbeiten am Rhein und in Lothringen reichlich Gelegenheit zur Ausübung ihres Handwerks gehabt. Sie haben angeblich bereits ein Geständnis abgelegt, mehrmals nach Stuttgart gereist zu sein, um dort Fortifikationspläne abzuliefern.

Darauf wird weiter gemeldet: Intransigant berichtet aus Straßburg hierzu, die Verhafteten seien sämtlich in Straßburg wohnhaft. Die Agentur Savas hat sich über vorstehende Meldung des Intransigant bei der Pariser Sicherheitspolizei erkundigt, dort aber nähere Auskunft nicht erhalten können. Nur soviel steht fest, daß die drei der Spionage verdächtigen Eißäcker in das Gefängnis von Straßburg übergeführt worden seien. Savas berichtet weiter aus Straßburg, daß eine neue Verhaftung erfolgt sei. Man rechnet mit der Festnahme von vier bis fünf weiteren Personen, darunter zwei Deutschen.

Nazileuchte Kaufmann verurteilt

Effen, 21. April. (Eig. Draht.) Der nationalsozialistische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kaufmann-Eberfeld wurde in Effen wegen Beleidigung der Bürgermeister von Hamborn und Bochum zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kaufmann hatte dem Oberbürgermeister von Hamborn vorgeworfen, seine Stadt an Duisburg veräußert zu haben. Dem Bochumer Oberbürgermeister hatte er finanzielle Schädigungen seiner Stadt vorgeworfen.

Da Kaufmann in früheren Terminen nicht erschienen war, wurde er zwangsweise vorgeführt.

Spaniens Exkönig in London

Exkönig Alfons ist von Paris nach London abgereist. Das spanische Kabinett hat beschlossen, daß die Titel, die eine Unterordnung oder Abhängigkeit vom monarchischen Regime andeuten, abgeschafft werden sollen. Die Banknoten bleiben im Umlauf, sollen aber die Worte „Spanische Republik“ aufgedruckt erhalten.

Bern, 21. April. (Eig. Draht.) Die schweizerische Regierung hat die provisorische spanische Regierung auf Grund einer von dieser übermittelten Note anerkannt.

Berlin, 21. April. (Eig. Draht.) Das Auswärtige Amt begründet die Verzögerung der Anerkennung der spanischen Republik durch Deutschland in erster Linie mit der Abwesenheit des Reichsaussenministers von Berlin, ferner aber auch damit, daß außer Frankreich noch keine andere Großmacht diese Anerkennung ausgesprochen hat. Sie scheine — so wird weiter betont — gar nicht erforderlich zu sein, denn die spanische Regierung verlange gar keine neue Beglaubigung der Vertreter der ausländischen Mächte in Madrid.

Berlin, 22. April. (Funkdienst.) Das englische Ministerium des Auswärtigen hat am Dienstag offiziell mitgeteilt, daß Großbritannien und die britischen Dominien die provisorische Regierung der spanischen Republik anerkannt habe.

Angeichts dieser Anerkennung fragt die Berliner Linksopposition heute übereinstimmend, wann Deutschland endlich den gleichen Schritt machen werde. Der Vorwärts spricht in diesem Zusammenhang von einer „standalösen Passivität der Wilhelmstraße“.

Boldt begeht Selbstmord

Neuwort, 22. April. (Funkdienst.) Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß der frühere deutsche U-Boot-Kommandant Oberleutnant zur See a. D. Boldt in Cali (Kolumbien) Selbstmord verübt hat. Boldt, der seit 1928 in Kolumbien Direktor einer deutsch-kolumbianischen Gesellschaft war, hat während des Krieges insgesamt 68 feindliche Schiffe versenkt. Nach dem Krieg wurde er vom Reichsgericht wegen der Verletzung eines Sanitätsgesetzes angeklagt und später zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 17. November 1921 entwich er aus dem Hamburger Gefängnis und entkam ins Ausland.

Polizeibeamtenschuß für Streikbrecher

Bedeutliche Vorgänge bei Hannover

Aus Hannover wird gemeldet: In der Stahlindustrie des Kreises Springe (Provinz Hannover), wo die Arbeiter seit 14 Tagen im Streik stehen, um eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, kam es am Dienstag durch die Schuld des Polizeiverwalters der Kreisstadt Springe zu bedauerlichen Ausschreitungen.

Von Hannover kamen mit dem Zug 5 Streikbrecher an, die unter Bedeckung von 8 (1) Polizeibeamten standen. Im Augenblick hatte sich am Bahnhof eine beträchtliche Menschenmenge angesammelt. Die Beamten trafen in die Menge mit Knütteln und nahmen die Streikbrecher in die Mitte. Das veranlaßte die Streikenden zu heftigen Protesten und 7-8 Schüsse abzugeben, durch die bis auf einen unbedeutlichen Ballanten, der auf dem Pferde vorbeiritt und schwer verletzt wurde, niemand getroffen wurde. Inzwischen war vom Bürgermeister aus Hannover ein Ueberfallkommando angefordert worden, das die Streiken mit dem Gummihüpfel säuberte und 10 Personen verhaftete.

Die Erregung unter der Arbeiterchaft in Springe ist groß. Es scheint am Platze, daß die Regierung sich einmal um die Vorgänge in Springe kümmert.

Der Naziheld kneift

Es wird uns geschrieben: „Der bekannte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hatte gegen den verantwortlichen Redakteur des Simplicissimus beim Amtsgericht Nürnberg Antrag auf Privatklage gestellt, weil er sich durch ein Gedicht von Kataristr „Gottfried Feders Aktien“ beleidigt gefühlt hatte, insbesondere durch die Verse „Seine Aktien hält er gern verschoben, eh' den andern dies verboten war“. Auf diese Privatklage hat der Simplicissimus mit einer ausführlichen Darlegung tatsächlicher und rechtlicher Art erwidert, in welcher der Wahrheitsbeweis für die benannten Vorgänge angetreten war. Feder hat es daraufhin vorgezogen, die ihm vom Amtsgericht Nürnberg gefakte Frist zur Einbringung des für die Zuständigkeit des Gerichtes entscheidenden Nachweises, daß Nürnberg kein Wohnort sei, zu verstreichen und seine Klage infolgedessen kostenpflichtig abweisen zu lassen.

Da gegen diesen Gerichtsbescheid ein weiteres Rechtsmittel von Feder nicht eingelegt und die Einstellung damit rechtskräftig geworden ist, dürfte erwiesen sein, daß Feder offenbar keinen Wert darauf legt, vor Gericht seine Handlungsweise vom 8. November 1923 zu rechtfertigen und zu dem angebotenen Wahrheitsbeweis Stellung zu nehmen.“

Korruption bei den Nazis

Kiel, 20. April. Die Korruptionsfälle bei der Nazi-Partei in Schleswig-Holstein haben sich um einen vermehrt. In Flensburg geht es seit einiger Zeit mit den Nazis rasend bergab. Ihre Versammlungen waren schlecht besucht, ihre Mitgliederzahl auf den Nullpunkt herabgesunken. Jetzt erfährt man den Grund: Von der hiesigen nationalsozialistischen Führung, in deren Kreisen man sich in letzter Zeit über die niedrigen Gehälter der Provinzführer unterhielt, kamen der Propagandaleiter und der SA-Führer auf den Gedanken, ihre Einnahmen durch Unterschlagungen zu erhöhen. Der Propagandaleiter machte sich über die einlaufenden Zeitungsgelder, der SA-Führer über die Kleiderkäufe her. Als die Unterschlagungen bekannt wurden, entstand eine Opposition gegen die Leitung, die in der Hauptsache von Arbeitern entsetzt worden war.

Der Ortsgruppenvorstand warf daraufhin 30 der Opponenten kurzerhand aus der Partei hinaus. Eine Beschwärde gegen den Ortsgruppenvorstand führte zu dessen Maßregelung durch die Gauleitung. Aber damit war die Situation durchaus nicht geklärt. Auch der neue Ortsgruppenvorstand schloß mehr als 20 Mitglieder aus. Die Folge war, daß wiederum 20 Mitglieder freiwillig die Partei verließen, so daß die ganze Ortsgruppe jetzt nur noch aus dem Gruppenvorstand besteht. Wahrscheinlich die einstige Maßlosigkeit, mehrere Unterschlagungen zu verüben.

Interessant sind auch Vorgänge in Kiel, wo die Reichsleitung der nationalsozialistischen Studentengruppe die beiden Führer der hiesigen Naziorganisation, den Ortsgruppenleiter Sunfel und den Führer der Hitlerjugend, Dr. Dempel, aus der nationalsozialistischen Studentengruppe ausgeschlossen haben. Beide hatten die Aufgaben, nach den Unterschlagungen in Kiel neuen Geist und neue Ordnung in die Ortsgruppe zu bringen. Jetzt wurden sie von der Reichsleitung gemahnt, weil beide den Versuch unternommen hatten, den Reichsleiter der nationalsozialistischen Studentengruppe Baldur v. Schirach, wegen dessen angeblicher Unfähigkeit und anderer Mängel zu befehlen.

„Siegreiche“ Niederlage

Das Stahlhelm-Volksbegehren in Preußen

Das Volksbegehren mit dem Ziele der Auflösung des preußischen Landtags hat am Dienstagabend sein Ende gefunden. Damit ist die erste Etappe des Kampfes der vereinten Reaktion in Preußen abgeschlossen. Wird ihr die zweite Etappe des Kampfes, der Volksentscheid folgen?

Vorläufig liegt weder eine Gesamtziffer der Einzeichnungen vor, noch ist zur Zeit ein Ueberblick über den Ausgang des Volksbegehrens möglich, der als unbedingt zuverlässig zu betrachten ist. Die amtliche Gesamtziffer ist kaum vor Ende des Monats zu erwarten, die vorläufigen amtlichen Ergebnisse werden wahrscheinlich in drei bis vier Tagen vorliegen. Wertet man jedoch die Stimmung im Lager der Rechten als Gradmesser zu dem Ausgang der Aktion, dann müssen die Erfolgsaussichten des mit so viel Aufwand und Kraft entfachten Sturmes auf Preußen als trübe bezeichnet werden. Schon seit Tagen ist der anfängliche Optimismus im Reichslager einem großen Regenjammer gewichen. Man hatte sich alles ganz anders gedacht, ganz anders vorgestellt. Man hatte gehofft, daß sich die Wähler zu den Einzeichnungslisten geradezu drängen, und sich am ersten Sturmangriff mindestens 8-9 Millionen Personen beteiligen würden. Wie das Ergebnis schließlich ausfallen mag, es steht zu den Erwartungen und Anstrengungen in keinem Verhältnis. Im besten Falle dürften die Aktive die notwendige Ziffer von 5 273 843 Einzeichnungen mit Ach und Krach aufbringen. Im anderen Falle hätten sie zu dem Schaben auch noch den Spott. Aber wie dem auch sei, ein politischer und moralischer Mißerfolg bleibt der Ausgang der Aktion so und so. Wer von dem, was er erreichen wollte mit Hängen und Würgen 50 Prozent erreicht hat, kann sich hinterher nicht als Sieger brüsten.

Es ist übrigens interessant, daß im Reichslager bereits seit Tagen eine ebenso eifrige wie heftige Diskussion darüber im Gange ist, wer an dem „Fehlschlag des Volksbegehrens“ schuld ist. Es werden Sündenböcke gesucht, ob-

wohl der politische und moralische Mißerfolg nach dem Stillstand der nationalsozialistischen Bewegung eigentlich schon nach den ersten Einzeichnungstagen nicht mehr zweifelhaft sein konnte. So überhäufen sich die Kampfgeschichten von gestern und die eventuellen Bundesgenossen von morgen gegenseitig mit Vorwürfen, daß es nur so hagelt. Bis auf die deutschen nationalen soll keine der anderen an dem Volksbegehren beteiligten Parteien dem Stahlhelm als dem eigentlichen Kernankalter der Aktion finanziell unter die Arme gegriffen haben. Von der Zentralkommission der deutschen Volkspartei hat sogar behauptet, daß sie nicht nur kein Geld gegeben, sondern während des ganzen Kampfes nur ein einziges Flugblatt verbreitet habe und zwar nicht etwa an die Wähler, sondern an ihre Landesorganisationen mit dem Anheimsellen, das Musterflugblatt drucken zu lassen und auf eigene Kosten zu verbreiten. Bei derartigen Bundesgenossen kann man sich leicht vorstellen, wie es mit der Klasse des Stahlhelm zur Zeit bestellt ist. Angeichts dieser Zustände können wir nur wünschen, daß dem Stahlhelm die zweite Etappe des Kampfes nicht erspart bleibt und daß der Volksentscheid steigt!

Berlin, 21. April (Eig. Draht.) Die Bundesleitung des „Stahlhelm“ verkündet, daß das Volksbegehren „erwonnen“ und die erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen weit überschritten sei. Wirklich ein fabelhafter „Sieg“, wenn, was vorläufig nicht einmal endgültig und noch weniger amtlich feststeht — von den erwarteten 8 bis 9 Millionen Stimmen etwas mehr als die Hälfte erreicht worden sein sollten und den 5,2 Millionen, die erforderlich sind, rund 20 Millionen preußische Wähler gegenüberstehen, die es abgelehnt haben, der Parole des Stahlhelm zu folgen. Immerhin zeigt der „Sieg“, wie die Begehren der Stahlhelm inzwischen gewonnen sind.

Im Verlauf seiner eigenen Aktion hat der Stahlhelm wiederholt mit Fälschungen gearbeitet. Seinen Ziffern gegenüber ist deshalb äußerste Vorsicht am Platze.

Arbeit für Alle!

Der Not- und Alarmruf der Gewerkschaften

Seit Ostern haben in allen Teilen des Reiches Gewerkschafts-Landebungen zur Arbeitslosenfrage stattgefunden. All diese Landebungen waren nichts anderes als Not- und Alarmrufe der Massen. Sie waren eine neue Art die Adresse der Reichsregierung gerichtete eindringliche Mahnung, aus begangenen Fehlern zu lernen und bei dem nach Abschluß der Arbeit der Braunkommission einzuschlagenden neuen Kurs der Arbeitslosenpolitik der Gewerkschaften endlich Rechnung zu tragen.

Unter den Not- und Alarmrufen kommt dem aus Sachsen eine besondere Bedeutung zu, weil dort vor nicht langer Zeit das Unternehmertum der Reichsregierung nach Chemnitz gebeten hatte, um ihn auf einem falschen Weg vorwärts zu treiben. In demselben Chemnitz fand jetzt auch eine Landebung der Gewerkschaften unter Führung des Ortsausschusses des ADGB statt, auf der dem furchtbaren Druck, der auf den Massen lastet, scharf Ausdruck gegeben wurde. Das Motto der Unternehmerrichtung hatte gelautet: „Sachsen braucht Arbeit“, das Echo darauf war der Ruf der Gewerkschaftsleitung: „Arbeit für alle!“ Mühte sich das Unternehmertum schon von dem Reichsanwalt manch bittere Wahrheiten sagen lassen, so ärgerte die Gewerkschaftsleitung erst recht mit der Steigerung des Elends Verantwortlichen (sogar ins Gericht; denn in der Zwischenzeit hat ja die vom Unternehmertum erzwungene bisherige Arbeitslosen- und Krisenpolitik offenkundig bankrott gemacht). Ueberaus klar und drastisch wurde dieser Bankrott von dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabg. Brandes, auf der Chemnitzer Landebung beleuchtet.

Wenn heute in Deutschland — so führte Brandes aus — nahezu 5 Millionen Arbeitslose und 8 Millionen Kurzarbeiter — mit ihren Angehörigen zusammen rund 25 Millionen Menschen — von einer Verzeihungsstimmgebung erlöset sind, weil sie keinen Ausweg aus der Krise sehen, dann ist dafür die unethische kapitalistische Wirtschaftsordnung verantwortlich.

Die Gewerkschaften haben alles getan, um die Arbeitslosen zu helfen. Das Massenelend hätte längst nur Stille und Halt gewesen wären. Darum wäre es ein Verbrechen an Volk und Staat, wenn man — der Aufforderung der Unternehmer folgend — die Arbeitslosenversicherung verschleudert und die Unterfütterung abzubauen wolle. Die Gewerkschaften lehnen das ab und sie warnen eindringlich vor der Beschreitung dieses Weges.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland teilt mit: Während in der ersten Hälfte des April in einigen Gebieten ein lebhafterer Tempo der Entlastung des Arbeitsmarktes zu beobachten war, hat sich in anderen die Abnahmebewegung schon wieder verlangsamt und in Mannheim wurde sogar ein Rückschlag beobachtet. Im ganzen hat sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden um 17 000 Personen von 292 000 auf 275 000 vermindert. Davon kamen auf die männlichen Berufe 13 000 und die weiblichen 4000 Personen. Das Baugewerbe mit 8000 Mann und die Tabakindustrie mit rund 6000 Arbeitslosen waren an der Entlastung hauptsächlich beteiligt. Keine Entlastung trat in der Metallindustrie ein und in den Angestelltenberufen hat sich die Arbeitsmarktlage infolge harter Quartalsentlastungen durch eine Zunahme der Stellenuchenden um fast 1400 Personen verschlechtert.

Erschlich härter ist in der Berichtzeit die Entlastung der Unterfütterungseinrichtungen in die Entscheidung getreten. Sie ließ zwar in den Großstädten Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart noch verhältnismäßig sehr zu wünschen übrig, war aber fast in allen anderen Bezirken so stark, daß im ganzen eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung um 25 665 Personen und der Krisenunterstützung um 2083 Personen eintrat. Allerdings gründete sich diese Abnahme der finanziellen Belastung aus auf das Ausschleichen zahlreicher Personen wegen Ablaufs der Unterfütterungsdauer.

Der Stand an unterfütterten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. April 1931 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterfütterung 129 542 Personen (100 799 Männer, 28 743 Frauen), in der Krisenunterfütterung 39 616 Personen (35 065 Männer, 4520 Frauen). Die Ge-

lantszahl der Unterfütterten fiel um 28 568 Personen oder um 14,4 % von 197 725 Personen (158 134 Männer, 39 591 Frauen) auf 169 157 Personen (135 894 Männer, 33 263 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 72 354 gegen 85 519 und auf Baden 96 803 gegen 112 206 am 15. April 1931.

Im Gesamtbesitz des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 15. April 1931 auf 1000 Einwohner 33,6 Hauptunterfütterungsempfänger gegen 19,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Salonbolschewisten

Die Kommunistische Partei benutzt den Fall der Frau Dr. Aienle-Jakobowich zu einer systematischen Propaganda gegen die Sozialdemokratische Partei, und Frau Dr. Aienle selbst bei dieser Propaganda die Hauptperson. Mit Aienle gegen die Sozialdemokratie, so heißt die kommunistische Parole. Inoffiziell können sie auch anders. Und so sieht man in einem Berliner Mittagsblatt:

„Frau Katharina von Kardorff hatte einen Kreis von Berliner Frauen eingeladen, um Frau Dr. Aienle zu besprechen: G ü f i n Arco, Frau von Davidoff, Frau Lucie Feßler, Frau Justizrat Fuchs, Frau Else Herz, Baronin Vera von der Bendt, Frau Ina von Kardorff, Frau Elsa von Mendelssohn Bartholdy, Frau Ursula Wertheim, G r a f f i n von Platen-Hallermund.“

Nicht nur noch die Angabe, ob die Damen der Berliner Gesellschaft nach der Begrüßung von Frau Dr. Aienle, sich nach gewohntem Berliner Brauch zu einer angeregten Bridgепartie zusammengedrängt haben.

Freistaat Baden

Leers wird Direktor des Bühnenvereins

Die Neue Badische Landeszeitung teilt mit: Der Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins hat auf seiner Würsburger Tagung den früheren badischen Kultusminister Dr. Leers zum geschäftsführenden Direktor des Bühnenvereins gewählt.

Badische Arbeitgeberverbände und Sozialreaktion

Die Badischen Arbeitgeberverbände haben es für notwendig erachtet, wieder einmal zu zeigen, daß sie fernab des Herzens sich in das Lager der Sozialreaktion eingruppiert. In ihrer Jahreskonferenz in Mannheim befaßten sie sich dieser Tage mit der Sozialversicherung, wobei sie betonen, wie fern sie den Forderungen der Gegenwart gegenüberstehen. Dabei konnten sie es auch nicht unterlassen, sich gegen die im Braunsbuch vertretenen Forderungen der Arbeitszeit zu wenden und in der Richtung sozialistischer Gedankenansätze den gefährlichen Zwang in dieser Hinsicht als schädlich zu bezeichnen. Wir haben vom Arbeitgeberverband allerdings nicht viel anderes erwartet.

Hochschulverband und sogen. Deutsche Studentenschaft

Man schreibt uns: Man erinnert sich, welche wüste Heide die nationalsozialistischen Studentenverbände im vorigen Semester gegen das „System“, d. h. die demokratische Republik getrieben haben. Erinnerung ist noch der letzte groteske Versuch einer Volksabstimmung. Unter der Parole „Reinigung der Universität von politischen Einflüssen“ wurden selbst Gumnasialisten mobilisiert. Landwörter und Bauern wurden angehalten: „Habt ihr schon gegen Gumbel unterschrieben?“ Dieser Versuch einer Abfertigung der Professoren durch das Volk ist mißlungen. Nicht einmal die Stimmzahl wurde bekannt gegeben; es werden also nicht allzu viel gewesen sein. Alle diese Versuche, Gumbel aus der Universität zu entfernen, waren von vornherein aussichtslos, da ja nicht der mindeste Grund hierzu vorlag. Dementierend war auch die Haltung der Weimarer Parteien und der großen politischen Presse von vornherein klar.

Heute wird nun versucht, Gumbel wenigstens zu diskreditieren, um damit das skandalöse Verhalten der Nationalsozialisten zu rechtfertigen. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft, ein völlig primärer Verein, der nur die Korporations- und nationalsozialistischen Studenten umfaßt, und der die Präsenzen erhebt, Rechtsnachfolger der aufgelassenen Allgemeinen Studentenschaften zu sein, hat sich an den Deutschen Hochschulverband, die Vereinigung der Deutschen Hochschullehrer, gewandt, um sich von dieser Stelle eine Unterstützung in diesem Kampf zu holen.

Zur Charakterisierung dieses Briefes genügt es, einige von den am wenigsten annehmbaren und falschen Behauptungen hervorzuheben. Zunächst schreiben sie von einer Berufung Gumbels, während es sich tatsächlich nur um die im allgemeinen nach fünf Jahren übliche Verlängerung einer Amtsbezeichnung handelt. Hierin leben sie „eine schwere Schädigung der Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt“. Tatsächlich ist Gumbel als Gelehrter international anerkannt. Nichts hat dem Ansehen Heidelbergs im Reich und im Ausland mehr geschadet, wie die wüsten, jede akademische Form ignorierenden Sammelmethoden der Nationalsozialisten.

Gerner behauptet die Deutsche Studentenschaft, die Ernennung Gumbels sei unter bewußter Umgehung der Heidelberger Fakultät vom Unterrichtsministerium voranommen worden, während tatsächlich die Fakultät vorher gefragt wurde und die Titelverleihung vom Gesamtministerium aussah.

Endlich behaupten die Studenten in ihrem Brief an den Hochschulverband, Gumbel sei wegen Landesverrats angeklagt worden. Tatsächlich ist niemals eine Anklage wegen Landesverrats gegen Gumbel erhoben worden. Es hatten nur, wie dies nach dem Legalitätsprinzip bei jeder Anklage notwendig ist, gegen ihn Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats geschwebt. Sie müßten sämtlich wegen der Heftigkeit der Beschuldigungen eingestellt werden. In keinem Fall ist es überhaupt zur Erhebung einer Anklage gekommen.

Es war zu erwarten, daß der Hochschulverband der Professoren eine solche anmaßliche und mit völlig unbegründeten Vorwürfen behaftete Eingabe unbeantwortet lassen würde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Hochschulverband hat geantwortet und den Rücktritt in seinem Mitteilungsblatt (Heft 34, März 1931) abgelehnt. An Stelle von dem mit infamen Beschimpfungen gegen das Unterrichtsministerium geführten Kampf gegen das „System“ auf das entschiedenste abzurufen, begrüßt er „selbstverständlich jede Bewegung auf das wärmste, in der die Deutsche Studentenschaft ihre vaterländische Gesinnung bekundet“. Der Hochschulverband hat noch nicht erkannt, daß der Fall Gumbel nur ein von den Nationalsozialisten geführter Kampf um ihren Kampf um die Beherrschung der Universität Heidelberg war, daß es sich hierbei um einen ideellen Fall des allgemeinen Kampfes der Fakultäten gegen die Unversität handelte und daß dieser Kampf mit in der Unversitätsgeschichte bisher unerhörten Methoden durchgeführt wurde. Nicht einmal zu den tatsächlichen Fällen, die in dem Brief der Studenten enthalten sind, nimmt er Stellung. Den Unversität intrinsischen Ausschuss Gumbels, der — wie erinnerlich — die Wahrung des Krieges mit der Ehrung der Gefallenen zu verbinden suchte, gibt er genau in der entstellten Form wieder, in der die Nationalsozialisten diesen Satz zu stützen pflegen.

In der Form einer objektiven Darstellung verleiht der Hochschulverband an Urteil gegen Gumbel zu fällen. Wie üblich muß hierzu die höchst zweideutige Gutachten der Fakultät von 1925 herhalten. Wie erinnerlich, bestand es aus zwei Teilen. In einem machte die Fakultät ihren Unmut gegen Gumbel Luft, ohne auf die tatsächlichen Vorwürfe, die zu dem Disziplinarverfahren geführt hatten, einzugehen, und bezeichnete seine Zugehörigkeit zur Unversität als „unerwünscht“. Der andere psychologische Teil sprach sich dagegen zum Teil sehr anerkennend über Gumbel aus. Zum Schluß erklärte die Fakultät keinen Antrag, Gumbel die Lehrberechtigung zu entziehen.

Der Hochschulverband erwähnt den zweiten Teil des Gutachtens überhaupt nicht und schreibt die Schlussfolgerung den „außenbüchigen“ Gumbel an. Damit schiebt er die Verantwortung dafür, daß Gumbel an der Unversität lebe, von der Fakultät, welche diese Gutachten getroffen hatte, auf das Ministerium, welches das Disziplinarverfahren nur entsprechend dem Beschluß der Fakultät eingeleitet hatte.

Nachdem der Hochschulverband in sechs Abschnitten versucht, Gumbel zu diskreditieren, wendet er sich in einem kleinen Schlußabschnitt gegen die von der Deutschen Studentenschaft verübten Volksverleumdungen.

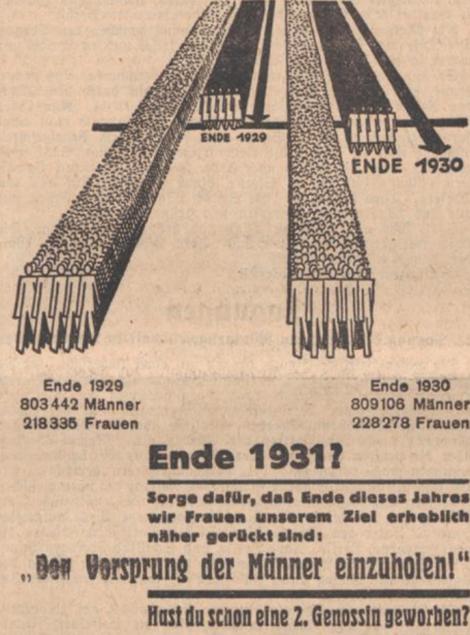
Selbstverständlich muß eine solche Antwort von den tabula rasa Studenten als eine Anerkennung ihres Verbalens und eine Entschuldigung zu entbehren. Der Hochschulverband hat sich aufgeföhrt, was zu den sämtlichen republikanischen Unterrichtsministerien geschehen, welche der Deutschen Studentenschaft jede amtliche Anerkennung verweigert haben.

Es blieb die warnende Stimme des Hochschulverbandes, als der nationalsozialistische Minister Fricke den fadisch keineswegs ionenberühmten Herrn Gumbel ohne weiteres und gegen eine starke lobliche Veranlassung. Die Fragen nach Geisteskrankheit, vermindelter Zurechnungsfähigkeit oder Abnormalität seien zu verneinen. Bei der hohen geistigen Entwicklung des Kürten komme



Und du? Bist du dabei? Hast du schon eine zweite Genossin geworben? Sorge mit dafür, daß wir bald eine viertel Million Frauen in der Sozialdemokratischen Partei sind!

DIE FRAUEN HOLEN AUF



Mordprozeß Kürten

Die Vernehmung der Sachverständigen

Düsseldorf, 21. April. Am heutigen achten Verhandlungstage im Kürten-Prozeß folgte die Vernehmung der Sachverständigen.

Prof. Dr. Scioll, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg, erklärt, daß sich drei Psychiater-Gruppen mit Kürten befaßt haben, so daß eine Spezialisierung der Gutachten möglich sei. Der Sachverständige laßt aus, daß die Taten Kürten nicht im Zustande zerrütteter Geistesverfassung begangen worden seien. Eine beginnende Sinnes- oder Geisteskrankheit war nicht festzustellen, ebenso keine unerklärlichen Gemütsbewegungen. Auch ein formelles ständendes Denken war nicht festzustellen. Bezüglich der von Kürten erwähnten sogenannten Idee wurde ermittelt, daß diese Idee keine Wahndee war, sondern nur ein Ausfluß der Phantasiefähigkeit und der Wahnträume, denen sich der Angeklagte hingab. Diese Art Phantasie ist nicht krankhaft. Der Sachverständige erklärt weiter, twilich sei Kürten Grobmannschaft. Möglicherweise könne man sagen, daß eine Geisteskrankheit bei dem Angeklagten nicht vorliege. Es bestände auch keine Bewußtlosigkeit krankhafter Natur, da er ein ausgeprägtes Gedächtnis habe. Eine Vererbung komme bei Kürten ebenfalls nicht in Frage. Geisteskrankheit sei in seiner Familie nicht vorgekommen, wohl aber Neigung zur Trunksucht und kriminellen Vergehen; aber deshalb müßte Kürten nicht in dieser Weise kriminell werden.

Nach diesen Aussagen entspinnt sich eine längere Diskussion. Auf eine Frage des Verteidigers, der sich der Staatsanwalt anschließt, ob die klinische Untersuchung ein Jahr nach der letzten Mordtat einen sicheren Schluß zulasse, erklärt der Zeuge: „Auf Grund der ganzen Taten muß ich sagen, daß keine Geisteskrankheit vorlag. Gerade der Fall Dahn zeigt von Anfang bis zum Ende eine klare Ueberlegung.“

Auf weitere Fragen des Verteidigers erklärt der Sachverständige, daß der Angeklagte mit der Absicht von Hause fortging, Menschen zu töten, halte er für unwahrscheinlich.

Es folgte die Vernehmung des Direktors der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt, Dr. Raethel. Er berichtet über die klinische Untersuchung des Angeklagten in seiner Haftzeit. Kürten hat eine starke labilitische Veranlassung. Die Fragen nach Geisteskrankheit, vermindelter Zurechnungsfähigkeit oder Abnormalität seien zu verneinen. Bei der hohen geistigen Entwicklung des Kürten komme

Aus aller Welt

Unglücksfall bei Sprengübungen der Reichswehr

Kerode (Spr.), 21. April. Heute vormittag kurz vor neun Uhr ereignete sich auf dem hiesigen Exerzierplatz bei Sprengübungen des Reiterregiments, und zwar beim Anbringen einer Druckmine, eine Explosion. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist hierbei der Oberreiter Windt von der 3. Eskadron tödlich verunglückt. Verletzt wurden der Obergefreite Wlrich von der 2. Eskadron und Oberreiter Zimmermann von der 3. Eskadron. Beide haben Verletzungen am Hals und Kopf erlitten. Die Untersuchung ist im Gange.

Rangiermaschine fährt Personenzug in die Flanke

Balkfinaen, 21. April. Eine Rangiermaschine fuhr gestern abend einem in Richtung Lohach (Saar) abfahrenden Personenzug in die Flanke. Der letzte Wagen stürzte um, etwa 20 Personen wurden leicht verletzt. Zum größten Teil konnten sie ihre Reise nach ärztlicher Behandlung wieder fortsetzen.

Jad Diamond verhaftet

Catskill (Staat New York), 21. April. Der berüchtigte Banditenführer Jad Diamond ist heute verhaftet und in das Gefängnis von Yoncaie überführt worden. Er soll den Chauffeur eines Lastwagens grausam mißhandelt haben, der einem seiner Konkurrenten gehörende Spirituolen beförderte.

Filmkongreß in München

München, 21. April. (Via Draht.) Dienstag und Mittwoch besaßberberst München den Kongreß der mitteleuropäischen Kinobesitzer und zugleich die Tagung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheater-Inhaber. Rund 800 Inhaber von Filmtheatern aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schwed, der Tschechoslowakei, Luxemburg und Schweden haben sich dazu eingefunden.

Auf der Tagesordnung des Kongresses steht u. a. der schwere Existenzkampf, der der Tonfilm mit seinen ungeheuren Kosten den Kinobesitzern aufgezwingen hat und im Zusammenhang damit der Kampf gegen die Elektro-Industrie, die die Presse für die Tonfilm-Apparatur in eine phantastische Höhe getrieben hat. Weiterhin sollen Maßnahmen gegen die überall vorkommenden Schikanen der Filmzensur und eine zweckmäßigere Regelung des Kinobefuches durch Jugendliche beraten werden. Geplant ist auch, für das ganze deutsch-sprechende Gebiet in Mitteleuropa eine großdeutsche Union der Kinobesitzer ins Leben zu rufen. Die Beschlüsse und Ergebnisse der Münchener Tagung werden im besonderen auch für den internationalen Filmkongreß von Bedeutung sein, der im Mai ds. Js. in Rom stattfinden wird.

In der Delegiertenversammlung am Dienstag hielt der Syndikus der Spitzenorganisation der Filmindustrie, Dr. Függe, Berlin das Hauptreferat über das sog. Gema-Problem. Das dadurch entstanden ist, daß die Gema (Genossenschaft für Musikrecht) makelose Lantimen bei Herstellung von Tonfilmen verlangte.

Der Kampf um Bullerjahn

In der Bullerjahn-Affäre hat der Leipziger Oberreichsanwalt Dr. Berner, entgegen früheren Zusagen des Staatssekretärs Dr. Joel von der Reichsjustizverwaltung, dem Strafamt des Reichsgerichts ersucht, die Wiederaufnahmeanträge zugunsten des zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Lagerverwalters Walter Bullerjahn abzulehnen. Zu den von den fünf großen deutschen Rechtsgelehrten Radbruch, Kahl, Kohlschütter, Mittermeyer und Goldschmidt angefertigten Gutachten, die sämtlich zu dem Ergebnis kommen, daß der Fall Bullerjahn eine gerechtfertigte Nachprüfung verdiene, meint der Oberreichsanwalt in der Begründung seines Ablehnungsantrages, daß er keinen Anlaß sehe, auf diese Gutachten einzugehen. Da mittlerweile die Ehefrau Bullerjahns gegen ihren seit sieben Jahren im Zuchthaus sitzenden Mann, die übrigens erstgemeinte Scheidungsflage angestrengt hat, besteht trotzdem noch die Möglichkeit, daß der französische Leutnant Jost, dessen Aussage den Weg zu einer Klärung des Bullerjahn-Komplexes freimachen würde, vernommen werden kann: in Abwägung dieser besteht zwischen Frankreich und Deutschland ein Rechtsilfeabkommen. Es ist also möglich, daß Bullerjahn auf dem Umweg über den Scheidungsprozeß den Nachweis der zu Unrecht erfolgten Verurteilung führen kann.

Mordprozeß Kürten

für ihn die Voraussetzung einer Geisteskrankheit im Sinne des § 51 nicht in Frage. Auch die Frage einer verminderten Zurechnungsfähigkeit muß auf Grund der Vielseitigkeit seiner Taten abgelehnt werden. Eine organische Gehirnerkrankung ist weder zur Zeit der Begehung der Taten noch zur Zeit festzustellen.

In der Diskussion erklärt der Sachverständige, daß er mit den anderen Sachverständigen in seinen Anschauungen übereinstimme. Er glaubt, daß Kürten die vielerlei Dinge, die ihn zu einem Grenzfall machen, sich in seinen Strafjahren angeeignet hat. Als dritter Sachverständiger wird Unversitätsprofessor Dr. Hübner vernommen, vor dessen Vernehmung der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt. Das Gericht entspricht diesem Wunsch. Prof. Hübner hat bei dem Angeklagten keine Bewußtlosigkeit und Geistesgefahr festgestellt können. Kürten ist aber Psychopath. Zwangsabhandlungen liegen bei ihm nicht vor. Es liegt psychiatrisch betrachtet bei den Taten keine gekürzte Geistesverfassung vor, die den Schutz des § 51 rechtfertigen kann. Der Substanz ist Kürten nicht angehören, sondern von ihm erworben. Wenn Kürten in Gefährdungen seine Untaten abtrah, ist anzunehmen, daß seine Sinne wohl funktionierten. Dies lasse bei Kürten den Schluß zu, daß bei Kürten die strafrechtliche Verantwortung gefehlt habe.

Der Sachverständige betont zusammenfassend, daß irgend ein greifbares Moment für eine Unzurechnungsfähigkeit bei Kürten nicht gefunden worden sei. Er glaubt, daß die Ueberlegung in allen Fällen, vielleicht bis auf den Fall Klein, vorhanden gewesen sei, und daß Kürten bei seinen ganzen Handlungen genügend klare Ermägung zur Erreichung seines Zweckes hatte. Auch glaubt er, daß die reichsgerichtliche Auffassung bezüglich der Ueberlegung auch in diesem Falle Anwendung finden müsse.

Der Angeklagte folgte den klaren Darstellungen des Sachverständigen mit größter Aufmerksamkeit und je mehr der Sachverständige zu dem Schluß kommt, daß Kürten vollverantwortlich ist und seine Taten planmäßig vorbereitet und durchgeführt hat, umso aufgeregter wird er. Er sitzt mit hochrotem Kopfe da und versucht jedes Wort der Diskussion aufzufangen. Der Vorstehende fragt die Vertreter der Anklage, ob sie am nächsten Tage mit dem Hauptverhandlung beginnen wollen. Der Verteidiger bittet um Einlegung eines Aufhetages. Diesem Wunsch entspricht das Gericht.

Die nächste Verhandlung findet am Mittwoch statt.

Gewerkschaftliches

Wieviel „Gewerkschaftsbonzen“ gibt es?

Eine interessante Frage; denn die Nationalsozialisten haben die Gewerkschaftsbonzen herbeigeholt. So versteht sich eines der Hauptziele — es nennt sich „Arbeiterium“, Blätter für Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, nach einem längeren Bestehen über die „Sünden der freien Gewerkschaften“ zu folgender Behauptung: „Gewiß verstehen wir die Angst vor roten Herrschaften um ihre einträglichen Pfünden; leben doch allein 16 905 Marxisten davon, während andere dafür lieblich die hohen Beiträge zu bezahlen haben.“

16 905 Marxisten? Wo kommen die Nazis auf diese Zahl? Sie haben sie natürlich von den Kommunisten. Die erwähnte Nazizeitungsartikler sagt: „So finden wir in der Münchener Zeitschrift „Kater Aufbau“ folgende Aufstellung:

Gewerkschaftsangehörige:	
ADGB-Bundesbüro und Bezirkssekretariate	53
ADGB-Ortsauskünfte und Arbeitersekretariate	314
UFA-Bundesbüro	20
Deutscher Metallarbeiter-Verband (inkl. technisches Zentral)	1 083
Fabrikarbeiter-Verband (ohne Schreibhelfen)	441
Bergarbeiter-Verband (mit Hüttenarbeitern)	589
Feldarbeiter-Verband	285
Bergarbeiter-Verband 1927	202
Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter-Verband	208
Verträge dem ADGB angegliederte Verbände	2 280
UFA-Bund und UFA	844
Pflichterzieher	946
zusammen	16 905

Rechnet man nach, dann kommt bei dieser Aufstellung nicht 16 905 sondern nur 7045 heraus.

Die „Gewerkschaftsangehörigen“, das Organ des ADGB, bemerkt zu diesem Unfug: „Säht man nach des Rätsels Lösung, so besteht die Zahl aus folgenden Erklärungen: Können sie nicht rechnen, sind sie wirklich so dumm? Oder sind sie so verlogen, daß sie bemüht sind eine solche Summe nennen — in der Erwartung, diese werde sich beim nächsten Zähler eintragen und dann aus dem Wärm aller Kartellkonventionen wiederlösen? Oder sind sie selbst so dumm zu dumm? Wir entscheiden uns für die dritte Erklärung.“

Sozialreaktionäre Rechtsanwälte

Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Rechtsanwälte und Notariatsangehörigen hielten dieser Tage in Leipzig eine Reichskonferenz ab, in der die wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen der Annahmsangelegenheiten behandelt wurden. Die aus allen Teilen des Reiches erschienenen Vertreter forderten einmütig, daß die Einbeziehung der angestellten Arbeiterzeitungsbeiträge in den Büros der Anwälte scharf übermäßig werden. Der Bericht über den organisatorischen Stand ist ermutigend. Auch unter den Anwälten und Notariatsangehörigen verbreitet sich immer mehr die Erkenntnis, daß in dem Kampf gegen ihre unsozialen Arbeitgeber der ADK die stärkste und erfolgreichste Organisation ist. Trotz der reaktionären Haltung der Anwälte ist es, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, gelungen, zahlreiche örtliche Tarifbewegungen mit Erfolg zu führen. Die Magdeburger und die Dresdener Anwälte haben gegen den ADK Klage auf Nichtigerklärung der entsprechenden Tarifverträge eingereicht. Sie muß demnach dem Reichsarbeitsgericht entschieden werden. Die Anwälte führen ihre ununterbrochenen Angriffe gegen die Tarifverträge auf die Behauptung, sie seien nicht Arbeitgeber, ihre Büros seien nicht Betriebe und die mit ihren Angestellten abgeschlossenen Verträge seien keine Arbeitsverträge.

Wenn die Anwälte ihre Forderung auf Zulassung zu den Arbeitsverträgen erneuern, muß man sie an diese Prozesse erinnern.

Das moderne „Rechtsstrahl“ bezeichnet kürzlich ein bekannter Redakteur für Erziehung die heute in verbreiteten. Er schrieb in diesem Zusammenhang: „Das Dr. Schul-Büchlein ist bereits seit drei Jahren aus dem Stadium des Experimentes heraus. Es bringt die besten, die unter Verwendung lehrerorthodoxer Neuerung langjährig erprobt sind und jeder wissenschaftlichen Untersuchung standhalten.“ Wenn Sie von Ihren Fußbekleidern befreit werden wollen, bedienen Sie sich des Dr. Schul-Büchlein. Es wird Ihnen helfen, wie es schon Millionen Menschen geholfen hat.

Das Fuß-Büchlein der Deutschen Schuh-Werke wird am 23. 24. und 25. April im Spezial-Schuhwarenhaus A. D. D. in Karlsruhe, Kaiserstraße 181 persönlich anwesend sein und Fußbekleidungen und Beratungen über deren Fußbekleidungen kostenlos und ohne jede Kaufverpflichtung vornehmen. Bestimmen Sie diese Gelegenheiten nicht; jeder Tag, den Sie ohne Fußschmerzen verbringen, bedeutet eine Steigerung Ihrer Leistungsfähigkeit und Wiederherstellung Ihrer Lebensfreude.

Aus dem Gerichtssaal

Erfolgreiche Berufung

Im Karlsruhe, 20. April. Wegen Urkundenfälschung und fortgesetzten Betrugs handelte der 52 Jahre alte vorbestrafte Kaufmann Emil Artur W. aus Billingen und der 34 Jahre alte vorbestrafte Kaufmann Gottlob K. aus Eltingen bei Stuttgart vor der ersten Strafkammer (Vorsitzender: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann). W. war am 28. Januar d. J. vom Karlsruher Schöffengericht zu sechs, K. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil wurde von den Angeklagten Berufung eingelegt, die jetzt vor der Strafkammer verhandelt wurde. Nach der Anklage hatten W. und K. Ende Dezember 1929 einem Bäckermeister in Bruchsal angeboten, daß sie Darlehen von 200 M an gegen zwei Beschlüssen über je 200 M. Dabei versprochen sie, daß nur einer der beiden Beschlüsse in Umlauf käme, während der andere nur der Sicherung und Pfandsetzung dienen würde. Darauf hat der Bäckermeister die beiden Beschlüsse ausgestellt, worauf er 200 M von den Angeklagten erhielt. Beide Beschlüsse wurden, entgegen ihrem Versprechen in Umlauf gesetzt, wodurch der Bäckermeister geschädigt wurde, weil er für beide Beschlüsse einstehen mußte. Bei einem Karlsruher Geschäftsmann erwiderten sie ein Darlehen in Höhe von 450 M, indem sie vorgaben, dieses sei für einen „wohnbauenden“ Bruchsaler Bäckermeister, der sich nur in vorübergehender Geldverlegenheit befinde; auf ihre Vorbelegungen erhielten sie das Darlehen ausgedehnt, worauf sie die beiden Beschlüsse über 200 M hingaben. Der Bruchsaler Bäckermeister ist dann wegen weiterer Darlehen an die Angeklagten herangeht. Sie veranlaßten ihn zur Herausgabe eines auf sein Ansehen ausgestellten Grundschuldbriefes über 5000 M. Auf die Vorzüge der Angeklagten eingehend, stellte er eine Reihe von Blankowechseln aus; diese wurden von ihnen mit weit höheren Beträgen, als vereinbart, ausgefüllt. Diese Beschlüsse gaben sie verschiedenen Personen, bei denen sie den Bäckermeister als zahlungsfähigen Mann hinstellten. Ingesamt erhielten sie für die Beschlüsse und den Grundschuldbrief 2895 M, wovon sie an den Bäckermeister nichts abgaben. Auch die Geldgeber wurden geschädigt, weil sich der Bäckermeister als zahlungsunfähig erwies und die ausgestellten Beschlüsse nicht einlösen konnte.

Die Berufung des Angeklagten hatte den Erfolg, daß die Berufungssinstanz das Urteil des Schöffengerichts aufhob und W. wegen dreier Vergehen der Untreue zu drei Monaten Gefängnis abzüglich ein Monats Untersuchungshaft, K. wegen zweier Vergehen der Untreue zu sechs Wochen Gefängnis verurteilte.

Arbeitszeitvergehen im Gastwirtsgerwerbe

Im Karlsruhe, 20. April. Wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitvorschriften war der hiesige Gastwirt Karl G. durch Strafverfügung mit 75 M und seine Ehefrau mit 35 M Geldstrafe belegt worden. Hiergegen erhoben beide Einspruch und beantragten gerichtliche Entschädigung. Die Verhandlung vor der Strafabteilung des Amtsgerichts ergab, daß in dem Betrieb des Angeklagten die Angeestellten über die gesetzliche und tarifliche Arbeitszeit (währendlich 80 Stunden) hinaus und zwar bis zu 15 und 17 Stunden täglich beschäftigt waren. Das Gericht erkannte gegen G. auf 35 M Geldstrafe; die Ehefrau G. wurde freigesprochen.

Bandendiebstähle

Im Karlsruhe, 21. April. Unter großem Andrang des Publikums wurde heute vor dem Karlsruher Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Kopp gegen eine gefährliche Einbrecher- und Diebesgesellschaft verhandelt, die in mehreren Landorten in der Umgebung von Karlsruhe und Worsheim rund fünfzehn teils erschwerter Diebstähle ausübte, bei denen den Tätern Lebensmittel in nicht unerheblichen Mengen als Beute in die Hände fielen. Angeklagt sind der 19mal vorbestrafte verheiratete 48jährige Bäcker Franz Burkart, der als der Anführer der Diebesgesellschaft anzusehen ist, der achtmal vorbestrafte verheiratete 34jährige Bäcker Karl Wilhelm Westermann, der 81jährige verheiratete Händler Julius Störzer, der 28jährige vorbestrafte verheiratete Maschinenfabrikant Friedrich Hers, der 23jährige led. Chauffeur August Jörn, der sechsmal vorbestrafte 32jährige Metzger Albert Morlof, das ledige 23jährige Dienstmädchen Luise Philipp und die Ehefrau Elise Burkart, die Ehefrau des Hauptangeklagten. Sämtliche Angeklagten wohnen außer in Karlsruhe wohnhaft. Sie hielten sich mit Ausnahme der weiblichen Angeklagten sämtlich in Bai.

Die Anklage lautet auf fortgesetzten, teils erschwerter, teils einfachen Diebstahl im Rückfall, sowie auf Hehlerei. In der Nacht vom 7. auf 8. Juni vorigen Jahres unternahmen die Angeklagten Burkart, Westermann, Störzer und Hers per Fahrrad und Eisenbahn einen Wikingausflug nach Diersheimhau bei Worsheim. Während Störzer mit den Kindern vor der Drifflucht zurückblieb, entwendeten die Komplizen aus einem Bühnenstall vier kleine Hühner; sie drangen darauf in eine Bühnenfarm ein, aus der sie 16 Hühner, sowie einen Hahn und zwei weitere Hühner stahlen. Ihre Beute, die einen Wert von 260 M darstellte, brachten sie in die Wohnung Burkarts, die als Diebes-

und Hehlerei benutzt wurde. Ueber die Wikingfeierliche wurde die nachherige Beute verstreut.

In der Nacht vom 23. auf 24. August fuhren Burkart und Jörn nach Eltingen. Dort drangen sie in den Garten eines Schneidemeisters ein und entwendeten Gemüse, Blumenkohl; aus dem Gartenhaus hielten sie einen Viegefluß, einen Hammer, sowie eine Reißzähne im Werte von 35 M mitgehen; die gestohlenen Gegenstände verbrachten sie wiederum in die Wohnung Burkarts.

Am 10. September wurde in die Fahrabrenndahn zwischen Kuppen und Eltingen eingebrochen; es wurden dort 200 Zigaretten, 20 Zigarren, sowie 20 Pfeifen gestohlen. In der Nacht vom 4. auf 5. Oktober stahlen Burkart und Jörn der Kennbahn einen abermaligen Besuch ab, von dem sie mit einem aus der aufgehobenen Hütte entwendeten Hammel zurückkehrten. — In der Nacht vom 20. auf 21. September wurden in Kienlingen unter Anführung Burkarts acht halbausgewachsene Hühner im Werte von 40 M erbeutet. — In der Nacht zum 24. Januar d. J. drangen Angehörige der Diebesgesellschaft in ein landwirtschaftliches Anwesen in Stupferich ein; diesmal stahlen sie fünf Liter Kirchwasser und drei Laib Brot im Werte von 36 M. In der gleichen Nacht gegen 10 Uhr entwendeten sie aus dem Keller eines Arbeiters in Stupferich drei Laib Brot und 20 Pfund Kartoffeln. Auch ein Hausfeld brachten sie mit nach Hause, welches dem bei Burkart tätigen mitangeklagten Dienstmädchen Philipp verzeht wurde. Die Philipp ihrerseits stahl in einer Wirtschaft in Stupferich ein Fahrrad, welches sie Burkart gab. — In der Nacht zum 30. Januar d. J. wurden von Morlof, der sich dort auf ausfemnt, in Tittersbach 80 Pfund Fleisch gestohlen. Angeklagt sind ferner noch der Diebstahl eines Stalbofes, von zwei Laib Brot und 18 Liter Zweifelhalm in Gaggenheim; dieser Diebstahl wird jedoch von den Angeklagten bestritten. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1931 besaßen sich Burkart und Morlof nach Gaggenheim, wo sie aus einem landwirtschaftlichen Anwesen zwei Geldbeutel mit 12 M, sowie Wäschekübel und Schinken im Wert von 150 M entwendeten. — In der Nacht vom 10. auf 11. Februar d. J. stollen Morlof und Burkart in Gaggenheim zum Trocknen aufgehängte Wäsche im Werte von 65 M entwendet haben, ferner verlor haben, bei einem Gastwirt Fleisch zu stehlen. — Der Philipp und der Burkart Ehefrau wird zur Last gelegt, die entwendeten Gegenstände und Wäschekübel im Haushalt verwendet und bei der Zubereitung der gestohlenen Lebensmittel mitgewirkt zu haben. — Jörn wird außerdem in einer Nachtragsanklage vorgeworfen, am 15. Oktober in der Schwarzwaldstraße in Karlsruhe ein Herrentrad und eine Manteltasche entwendet zu haben.

Die Angeklagten bekennen sich im wesentlichen im Sinne der Anklage schuldig. Nach den Angaben des Kriminalsekretärs Böhn wurde die gestohlene Wäsche in der Wohnung Burkarts gefunden; seiner Frau habe Burkart erzählt, die Wäsche komme vom Leibhaus.

Staatsanwalt Geert führte in seiner Anklage aus, von einer zwingenden Notlage können bei den Angeklagten keine Rede sein. Es handele sich bei ihnen um eine gemeingefährliche Diebesbande. Er dankte insbesondere den unglücklichen und tüchtigen Erhebungen der Kriminalbeamten Böhn und Hirt, die eine reifliche Aufklärung der Bandendiebstähle, die in den Landorten große Beunruhigung hervorriefen, ermöglichten. Der Angeklagte Morlof habe sich im Tone eines Volksredners seiner kriminalistischen Vergangenheit und Kenntnisse gerühmt; von Neue habe man keine Spur bei ihm bemerkt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Burkart zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Morlof ein Jahr acht Monate Gefängnis, sowie drei Jahre Ehrverlust, gegen Westermann ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen Störzer 10 Monate Gefängnis, ebenso gegen die Angeklagten Jörn und Hers je 10 Monate Gefängnis, gegen die Philipp und die Ehefrau Burkart je sechs Monate Gefängnis.

Das Schöffengericht verurteilte nach 1½tägiger Beratung Franz Burkart wegen in fortgesetzter Tat begangenen erschwerter und einfacher Diebstahls im Rückfall, sowie Hehlerei in drei Fällen zu einer Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahre acht Monaten und drei Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft; Karl Westermann wegen fortgesetzten erschwerter Diebstahls im Rückfall zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis abzüglich sieben Wochen Untersuchungshaft; Julius Störzer wegen Verhülfe zum erschwerter Diebstahl zu zwei Monaten Gefängnis abzüglich ein Monat Untersuchungshaft; Friedrich Hers wegen Verhülfe zum schweren Diebstahl und Hehlerei zu vier Monaten Gefängnis abzüglich sieben Wochen Untersuchungshaft; August Jörn wegen fortgesetzten erschwerter und einfacher Diebstahls zu fünf Monaten Gefängnis abzüglich sechs Wochen Untersuchungshaft; Albert Morlof wegen fortgesetzten erschwerter und einfacher Diebstahls im Rückfall zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis abzüglich zwei Monate Gefängnis; Luise Philipp wegen Diebstahls und Hehlerei zu zwei Monaten zwei Tagen Gefängnis. Die Angeklagte Ehefrau Elise Burkart wurde von der Anklage wegen Hehlerei mangels ausreichenden Beweises freigesprochen. Die Angeklagten Burkart, Störzer, Hers und Jörn unterwarfen sich dem gegen sie ergangenen Urteil, das infolgedes rechtskräftig ist, während die übrigen Angeklagten sich eine Erklärung vorbehielten.



Durch Sparen gewinnen!
Jetzt schweres Beginnen!
Jedoch wird es leicht
Auch heut' noch erreicht,
Hat man erst heraus
Das Rechte für's Haus!

Hat man „Sanella“, die gehaltreiche und sparsame Margarine, im Hause, dann kann man jederzeit billige, nahrhafte Speisen bereiten, die ganz vorzüglich schmecken.

Sanella

MARGARINE

DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

35⁸ das 1/2 Pfund

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Strümpfe
Flor mit Kunstseide plattiert, nur 1. Wahl, feinmaschig - Paar **1.45**

Herren-Unterhose
Echt Ägyptisch Maco Größe 4 **1.70**
Jede weitere Größe 20 Pfg. mehr

Morgen Donnerstag wieder kostenloses Zuschneiden unserer Wäschestoffe

BURCHARD

Colloleum
KAPISPRUNGE
täglich 8 1/2 Uhr



Kadner
der erste Zauberer, der einen lebend. Elefanten verschwinden läßt, und das eröfnet eine **varierte**

Mittwoch und Samstag auch 4 Uhr 30 bis 1.30
Sonnt. 4 Uhr 40 bis 1.50

Vorverkauf Zigarrenhaus Weyle Passerei und ab 5 Uhr Colosseum-Kasse.

Der Kieflast ist im Colosseumarten ab 8 Uhr zu sehen, kann geillert werden. Brot, Zucker, Rüben

DIE LETZTE WOCHE!

Großer Jubiläum-Verkauf

Immer wieder neue Vorteile!
Unsere ersten Jubiläums-Anzeigen zeigten Ihnen gewaltige Leistungen in Textil- u. Bekleidungsartikeln. Jetzt tritt die größte Abteilung des Hauses — die **Haushaltsabteilung** — auf den Plan mit Preisen, die nur während des Jubiläum-Verkaufs gelten.

50 JAHRE KNOPF

Für Garten und Balkon

Parkettbohrer vernick., m. Stiel 6.95	4.90	S.S.S.-Garnitur m. Stielguthalter 1.95	1.95
Roth-Stubenbesen 1.95	1.65	Putzschrank m. 4 Schublad. u. Linol. 8.50	8.50
Rothhaar-Handbesen 65.7	65.7	Tablett Buche 32x48 1.95	1.95
Mop mit Stiel und Oel 2.50	1.50	Küchenhocker Buche 3.25 2.95	2.95
Blumenvasen moderne Decors 95.7	50.7	Waschschüssel oval, weiß 1.20	95.7
Auflaufform feuerfest, 26 cm 95.7	95.7	Spülschüssel rund, weiß 1.35 1.20	1.20
Teekannen mit Decor, groß 95.7	85.7	S.S.S.-Garnitur weiß 98.7	98.7
2 Tassen mit Untertassen, weiß 45.7	45.7	Konsole mit Schöpfer, weiß 90.7	90.7
Teeservice 5 Ug. m. Matgold-Rand 3.50	3.50	Zwiebelbehälter 50.7	50.7
Kompottschale mit Fruchtdeco 95.7	60.7	Elmer 30 cm, weiß 1.20	1.20
Salatbestecks 50.7 30.7	15.7	Tollenteelmer weiß 2.45 1.65	1.65
Eiöffel od. Gabel 23 gr. versilbert, Stück 95.7	95.7	Salatseiler weiß 1.50 1.25	1.25
Brotkasten emailiert, 2 kg., weiß 4.95	4.95	Milchtöpfe mit Ausguss, weiß, 98.7 65.7	65.7
Brotmaschine m. Stellvorricht., Martini 5.25	5.25	Fleischtöpfe mit Deck., w., 1.90 1.25 1.15	1.15

Im Erfrischungsraum Teegebäck Jubiläumsmischung v. Pfd. 60 45.7
Jubiläumseisbecher 50.7
Champignon-Torte 30.7

Gartenstuhl eisen lack. 4.85 **3.95** **Friedhofbänke** eisen lack. 10.40 **8.80**
Gartensessel eisen lack. 10.- **9.50** **Holzklappstuhl** natur lack. 10.40 **6.25**
Gartenbänke eisen lack. 17.50 **14.75** **Holzklappstühle** natur lack. 10.40 **8.25**
Gartentisch eisen, rund lack. 9.50 **7.75** **Holzklappbank** natur lack. 10.40 **12.50**

Jubiläums-Angebote der Bücher-Abteilung auf Extra-Tischen.

KNOPF

Bad. Hochschule für Musik
Montag, den 27. April 1931, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Hochschule

Violin-Abend Oskar Schmidt
Am Flügel: Mathilde Pross-Roth
1. Sonate D-Dur op. 16 für Violine und Klavier Silcher
2. Konzert op. 35 für Violine und Klavier Tschalkowsky
3. Konzert D-Dur für Violine und Klavier Paganini

Karten zu 3.—, 2.— und 1.— RM. bei den Musikalienhandlungen.

Unsere billige Rügenwoche
dauert noch bis einschl. 23. April. Rügen Sie die äußerst günstige Gelegenheit noch nach.

Gebr. Klein
Fäbrik
Durlacher Str. 97/99
Ruppurrer Str. 4.

Gut erhaltener mod. Kinderwagen (weiß) zu verkaufen Durlach, Wilhelmstr. 5, St. 4. St.

Zu verkauf.: Damen-Gummi-Kantel, Preis 8.-, sowie ein blau-weiß. Kleid, Preis 12.-, beide von ger. 1. mittl. Fig. paß, samt auf 2 Raten bezahlt werd. Reichstraße 51, 1. St. 116.

Sportprelle
Schle 6- und Regupreise von Mk 2 an. **Becher** von Mk 5 an. **Pokale** v. Mk 25 an empfiehlt **Chr. Fränke**
Goldschmied Karlsruhe Passage.

Schön möbl. Zimmer m. elektr. Licht, sep. Eing., zu vermieten. **Holtmann**, Jähringerstr. 15, 3. St. 1

Stroßenbahner sucht
Ordnungsgem. 2. Zim. Wohnung 10. od. 12. St. Angebote mit Nr. 3115 an das Volksfreundbüro

Badisches Candesstheater
Mittwoch, 22. April
A 21
Th.-Gem., 2. E.-G. und 101-200

Die Zauberflöte
Von Mozart
Dirigent: Kreps
Regie: Deutsch
Mitwirkende:
Blant, Effelsgrath, Hans, Köchling, Habertorn, Schöning, Winter, Hellmuth, Wolfsmann,
3. Krüger, Follbach, Kalnabach, Kiefer, Böler, Rentwig, Schöpflin, Schuster

Anfang 20 Uhr Ende 23 Uhr
Preise C (1.00-7.00 M.)

Do. 22. 4. Sturm im Wasserglas, Nr. 24. 4. Sondermiete „Heittheater“ (6. Vorstellung der Weltgelt. II, rote Karten) Die Urhache, E. 25. 4. Der Hauptmann von Köpenick, E. 26. 4. Nachmittags: Tannhäuser Abends: Die schöne Helena — Am Sonntagabend: Sylvia taucht sich einen Mann

Bündelholz 300 Bnd., 4.80 M.
Brennholz 1.75 M., drei Haus

Schorpp & Co. Holz, Zurlacherstr., Telefon 5

Heirat!
Nach einjährig Alleinsein erlaube ich eine neue Lebensgefährtin, die mir und meinen Kindern eine frohe Kameradin sein soll.
In meiner Seite soll für die Heimat finden, die sie vielleicht sucht.
Ich bin selbständiger Kaufmann, 30 Jahre alt, Inhaber eines sehr gut. Geschäftes.
Werk, Zeitschriften und Partegung der Behältnisse, auch ohne Namensnennung, erbeten unter Nr. 1099 an d. Volksfreundbüro

Warum
find Sie ohne Verdienst? Mit ein. Wort können Sie logar nebenher 5-6 Mark und mehr verdienen. Geben Sie heute noch Ihre Adresse an. Rückporto beifügen.
Nach perf. vorzubringen
Karlsruhe
Blumenstraße 211.
(1 Treppe hoch.) 2982

Motorrad
D. K. W. 200, R. S. U. Sport, Heilo 350 ccm, preiswert zu verkaufen
Sehn, Heerenstr. 16.

kleine, 1. Preisen geeignet.
Ladenhebe zu kauf. gesucht
Wanter 9558
Reihenfeld, Amstraße 15

Durlacher Anzeigen

Gemeinnützige Bau- und Eigenheimfiedlungs-Gesellschaft e. G. m. b. H. Durlach.
Am 30. April, abends 8 Uhr, findet im Blumenaal die diesjährige

ordentliche Haupt-Verammlung

statt, wozu wir sämtl. Gesellschaftsmitglieder freundlichst einladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes,
2. Bericht des Aufsichtsrats,
3. Revisionsbericht,
4. Entlastung des Vorstandes
5. Erlaßmaßl der ausstehenden Vorstand- und Aufsichtsratsmitglieder
6. Anträge.

Anträge müssen 4 Tage vor der Hauptversammlung beim Aufsichtsrat vorliegen. Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch mitzubringen

Der Aufsichtsrat: Riger.

Schokolade in Massen!
40 000 Tafeln

Bensdopp-Schokolade in der bekannnten guten Qualität sind eingetroffen und werden zu Sonder-Preisen verkauft.

Volkmilch 100 gr Tafel ~~3/11~~ jetzt **3 Ttl. 75 Pf.**

Schmelz 100 gr Ttl. Marke Porzio Capello ~~3/90~~ jetzt **3 Ttl. 75 Pf.**

Pfannkuch
5% Rabatt

Maizeitung 1931
erschienen!

Preis 25 Pfg.
Für Parteivereine, Volksfreundfilialen und -Trägerinnen

Preis 20 Pfg.

Wir bitten die Parteivereine und Volksfreundfilialen sowie die Trägerinnen, den Vertrieb der Maifestschrift mit verteilber Aktivität durchzuführen! Bestellungen erbiten wir umgehend!

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe (Baden), Waldstraße 28 • Fernruf 7020/21

Wie schnell es doch abwärts geht wenn man nicht inseriert!

Hochzelt-, Eutaw-, Smoking u. Frack-Eingänge, ist neu, neuend bill. abzug.
Jährigerstr. 52a, 11

Gaggenauer Anzeigen

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Rasse des Jahresabchlusses wegen am Dienstag, den 28. bis einschl. Donnerstag, den 30. April 1931 geschlossen ist. Die Verpflichtungen werden daher letztmals anfordernd, die bereits verfallenen Schuligkeiten und zwar:

1. die Gemeinde- und Kreissteuer bis 31. März 1931
2. die Gewerbesteuer bis 31. März 1931
3. die Bürgersteuer für 1930
4. die Bürger-, Handels- und Gewerbesteuer
5. die Darlehenszinsen und Tilgungsbeträge
6. die Miet- und Pachtzinsen
7. die Post- und Postgebühren
8. die Gas- und Wassergebühren
9. die sonstigen Gebühren und Sporein

umgehend zu entrichten, widrigenfalls zwangsvollsetzende Betreibung erfolgen muß.

Gaggenau, den 21. April 1931.
Stadtkasse.
Rifer.

Frühjahrsbeginn!!

Der Garten ruft

Böttners Gartentaschenbuch
211 Seiten, Leinenband **2.00**

Böttner, Gartenbuch für Anfänger
308 Seiten, gebunden **3.00**

Withum, Kleingärtners Taschenbuch
mit einigen Winken für die Kleintierzucht, 59 Seiten, kartoniert **0.60**

Lehrmeisterbücherei mit ihren Heften über Blumengärten, Obst- und Gemüsebau, Geflügelzucht u.a.m. Jede Nummer **0.40**

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 7020 21

Gesund frisch Fisch



Zaubere, durchsichtl. und zuverlässige, in der Stadt gut bekannte **Perlon**, eitel, m. Leben, gesund; Verkauf von echtem Quercornbrat. Effert, unter Nr. 3117 an das Volksfreundbüro.

Junge Frau sucht **Büchelle** für 2-3 Stunden im Tag evtl. 2 Tage in d. Woche. Auch wärdchen Abd. zu erf. unt. 2 567 im Volksfreundbüro

fräulein mit einjähr. hoh. Handelschulbildung, f. Lehr- od. Anhangstelle. Angeb. u. Nr. 3112 an das Volksfreundbüro

Kaufm. Lehrling des Lebensmittelhandels im 2. Lehrjahr f. Stellung zur Weiterausbildung Eintritt sofort.
Angebote unt. Nr. 3116 an das Volksfreundbüro

Junges, kräft. talent. Mädchen sucht tagel. Beschäftigung.
Zu erfragen bei Post, Marktstraße 6. 3071

Verlangen Sie kostenlose Zusendung eines **Seefischkochbuches** vom Reichsseefischschuß, Berlin SW 68, Wilhelmstrasse 100.